Gebührensatzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im Gesundheitsamt

Aufgrund der §§ 3, 28 Absatz 2 Ziffer 9, 131 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), § 2 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz-BbgGDG) vom 23. April 2008 (GVBl. I/08 Nr. 5) i. V. m. §§ 2, 5 des Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 29. November 2012 (GVBl. I/12 Nr. 37), hat der Kreistag des Landkreises Oder-Spree in seiner Sitzung vom 19. Juni 2013 mit Beschluss Nr. 021/2013 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenerhebung

(1) Der Landkreis Oder-Spree erhebt für die Inanspruchnahme von fachspezifischen Leistungen im Gesundheitsamt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

(2) Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften für besondere Leistungen, die im Gebührentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.

§ 2 Gebührenbemessung

(1) Soweit Gebühren nach dem erforderlichen Zeitaufwand zu berechnen sind, werden folgende Stundensätze in Anlehnung an die Gebührenordnung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. November 2011 zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2013 zugrunde gelegt:

a) für Beamtinnen / Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte	65,00 €
b) für Beamtinnen / Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte	51,00 €
c) für Beamtinnen / Beamte des mittleren Dienstes und vergleichbare Angestellte	41,00 €
d) für Beamtinnen / Beamte des einfachen Dienstes und vergleichbare Angestellte	32,00 €

Bei der Ermittlung der Gebühren nach Zeitaufwand ist die Zeit anzusetzen, die unter regelmäßigen Verhältnissen von einer entsprechend ausgebildeten Fachkraft benötigt wird. Die Zeit für Ortsbesichtigungen, einschließlich An- und Abreise, ist einzurechnen.

(2) Für Amtshandlungen im Rahmen des BbgGDG und andere Handlungen werden folgende Gebühren erhoben:

Handlung

Gebühr in €

1.00 Gutachten/Zeugnisse/Bescheide

1.01 Befundschein, schriftliche Auskunft, Zeugnis nach § 10 BbgGDG und Sonstige ohne nähere gutachterliche/ärztliche Ausführung.....	nach Zeitaufwand
1.02 Gutachten, Zeugnisse über einen ärztlichen/zahnärztlichen Befund nach § 10 BbgGDG mit gutachterlichen/ärztlichen Ausführungen.....	nach Zeitaufwand

1.03 Gutachten für die Notwendigkeit einer Mutter/Vater-Kind-Kur, stationäre bzw. ambulante medizinische Rehabilitation	55,00 €
1.04 Verbeamtung/ Einstellungsuntersuchung.....	nach Zeitaufwand
1.05 Amtsärztliche Begutachtung nach dem Waffengesetz	nach Zeitaufwand
1.06 Amtsärztliche Begutachtung nach der Hundehalterverordnung.....	nach Zeitaufwand
1.07 Sonstige gutachterliche/ärztliche Ausführungen auf der Grundlage entsprechender Rechtsvorschriften	nach Zeitaufwand
1.08 Bescheinigung über das Nichtvorliegen einer ansteckenden Krankheit ohne Blutentnahme.....	39,00 €
1.09 Bescheinigung über das Nichtvorliegen einer ansteckenden Krankheit mit Blutentnahme (z. B. HIV-Infektion, Tuberkulose).....	46,00 €
1.10 Bescheinigung über das Nichtvorliegen einer ansteckenden Geschlechtskrankheit (z. B. Syphilis)	46,00 €
1.11 Bescheinigung der Unbedenklichkeit für einen langzeitigen Auslandsaufenthalt für Schüler	15,00 €
1.12 Bescheinigung der Unbedenklichkeit für einen langzeitigen Auslandsaufenthalt für Erwachsene.....	39,00 €
1.13 Bescheinigung der Unbedenklichkeit für eine Ehetauglichkeit	39,00 €
1.14 Amtshandlung im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung ohne Blutabnahme.....	31,00 €
1.15 Amtshandlung im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung mit Blutabnahme.....	38,00 €
1.16 Amtsärztliche Stellungnahme zur Vorlage beim Jugendamt/ Amtsgericht für Pflegschaft/Adoption	nach Zeitaufwand
1.17 Amtsärztliche Stellungnahme zur Prüfungstauglichkeit.....	30,00 €
1.18 Untersuchung und Bescheinigung für KITA-Tauglichkeit	15,00 €
1.19 Beglaubigung einer ärztlichen Bestätigung zur Notwendigkeit des Mitführens von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln	10,00 €
1.20 Blutentnahme/Tuberkulintest	10,00 €
1.21 Drogentest/Drogenscreening	17,00 €
1.22 Meldung nach § 12 BbgGDG	19,00 €
1.23 Medizinische Reiseberatung und 1. Reiseimpfung.....	23,00 €

1.24 Impfung	14,00 €
1.25 Simultanimpfung.....	3,00 €

2.00 Duplikate

2.01 Belehrungsnachweis nach IfSG	8,00 €
2.02 übrige Zeugnisse	8,00 €
2.03 Zweitschrift JArbSchG	8,00 €

(3) Auslagen (Kosten für Material, Arzneimittel u. ä.) werden zusätzlich erhoben.

(4) Bei der Durchführung mehrerer gebührenpflichtiger Handlungen nebeneinander ist für jede Handlung eine Gebühr zu erheben.

(5) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr gem. § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) erhoben.

§ 3 Gebührenschuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet, wer die fachspezifische Leistung selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihm zuzurechnen ist, veranlasst hat, sowie derjenige zu dessen Gunsten sie vorgenommen wurde.

(2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Widerspruchsgebühren

(1) Wird gegen eine gebührenpflichtige Sachentscheidung Widerspruch erhoben, so sind für den Erlass des Widerspruchsbescheides Gebühren und Auslagen zu erheben, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird und Gesetze nichts anderes regeln. In diesem Fall sind Gebühren in Höhe von 50 v. H. der für die angefochtene Sachentscheidung festzusetzenden Gebühr zu erheben. § 5 Abs.1 Buchstabe c bleibt hiervon unberührt.

(2) Richtet sich der Widerspruch nur gegen einen Teil der Entscheidung, so ermäßigt sich die Gebühr entsprechend.

(3) Wird einem Widerspruch teilweise stattgegeben, so reduziert sich die Gebühr aus Absatz 1 entsprechend dem Umfang der Stattgabe.

(4) Erledigt sich der Widerspruch in vollem Umfang auf andere Weise, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben.

(5) Wird der Widerspruchsbescheid ganz oder teilweise durch das Gesundheitsamt aufgehoben, so sind die für den Widerspruchsbescheid bereits gezahlten Gebühren und Auslagen zu erstatten, es sei denn, die Aufhebung erfolgt wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben desjenigen, der Widerspruch eingelegt hat.

§ 5 Sachliche Gebührenfreiheit

(1) Sachliche Gebührenfreiheit besteht für

- a) mündliche Auskünfte;
- b) Amtshandlungen, die durch einen Mitarbeiter oder Versorgungsempfänger des Landkreises Oder-Spree beantragt werden und sich auf das bestehende oder frühere Dienst-, Arbeits- und Versorgungsverhältnis beziehen; das gilt für deren Hinterbliebene entsprechend;
- c) Amtshandlungen, für die durch andere Rechtsvorschriften Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist;
- d) Amtshandlungen, die die Stundung oder den Erlass von Gebühren betreffen.

§ 6 Persönliche Gebührenfreiheit

(1) Die persönliche Gebührenfreiheit bestimmt sich nach § 5 Abs. 6 KAG

(2) In besonderen Härtefällen kann auf Antrag von einer Gebühr abgesehen werden.

§ 7 Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Gebühr wird mit Beendigung der fachspezifischen Leistung fällig.

(2) In der Regel wird die Gebühr durch Überweisung an die Kreiskasse oder bare Einzahlung entrichtet. Bei Impfungen kann Vorauszahlung verlangt werden.

(3) Werden gebührenpflichtige Schriftstücke versandt, kann die Gebühr durch Postnachnahme erhoben werden.

§ 8 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung des Landkreises über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitsamt vom 25. November 2010 außer Kraft.

Beeskow, den.....

Manfred Zalenga
Landrat des Landkreises Oder-Spree